

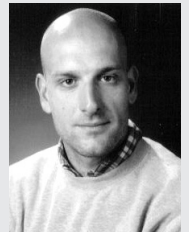
# Wiederkehr des Immergleichen

Ulrich Schuster

Der Ausgangstext der WeltTrends-Debatte über die deutsche Außenpolitik ist mit einem Imperativ betitelt: „Deutsche Interessen offen diskutieren!“. Diese Aufforderung des Tönissteiner Kreises ist der Kontrapunkt zu einer Problembeschreibung, nach der in Deutschland kaum öffentlich und kontrovers über die nationalen Interessen gestritten würde. Stattdessen definiere ein kleiner Kreis von Entscheidungsträgern die Ziele der Außenpolitik im Hinterzimmer. Stimmt diese Diagnose mit der Wirklichkeit überein? Nein! Seit Anfang der 1990er Jahre ertönte hierzulande immer wieder der Ruf nach einer deutlicheren Artikulation nationaler Interessen. Dabei gehörte der in der alten Bundesrepublik weniger gebräuchliche Begriff schon kurz nach der deutschen Wiedervereinigung zum normalen sprachlichen Inventar der Politik und ihrer akademischen Beratung. Im Besitz vollständiger Souveränität und angesichts der neuen Weltordnung verschwanden bei deutschen Politikerinnen und Politikern schnell die negativen Assoziationen, die die Rede von den nationalen Interessen einstmals ausgelöst hatten. Was blieb, waren Appelle, dass die Interessendefinition noch lauter, mit noch mehr Nachdruck geschehen müsse.

## Fremdbestimmung oder nationale Eigeninteressen?

Die Tönissteiner reihen sich hier ein. In ihrem Text erscheinen die Auslandseinsätze der Bundeswehr exemplarisch für eine Außenpolitik jenseits transparenter Interessendefinition. Deutsche Soldaten führen Krieg am Hindukusch, weil die außenpolitische Handlungselite von Außenerwartungen getrieben werde. Ohne Zweifel spielt die Orientierung an den Wünschen der NATO-Partner für die hiesige politische Elite eine Rolle. Vor allem deshalb, weil die Allianz der deutschen Außenpolitik eine Reihe von Vorteilen bringt. Mit ihrer Hilfe überbrückt Deutschland seine militärische Fähigkeitslücke, verfügt über ein Medium globaler Interessenprojektion und schafft es gleichzeitig, osteuropäische Ängste vor einem neuen deutschen Imperialismus zu relativieren. Schon das



Ulrich Schuster, M. A.,  
geb. 1974, Research  
Academy Leipzig.  
ulischuster@gmx.de

zeigt: Bündnisverpflichtungen sind nicht gleichbedeutend mit nationalem Altruismus. Im Gegenteil! Die auch nach 1990 fortbestehende multilaterale Orientierung wurde zunehmend mit der Wahrnehmung nationaler Eigeninteressen begründet<sup>1</sup>, so auch in der Debatte über den Afghanistankrieg. Als der Bundestag kurz nach den Anschlägen von 9/11 über die Hilfe für die USA im Rahmen des NATO-Bündnisfalls diskutierte, ging es an erster Stelle um die Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Angesichts einer interdependenten und vor allem zwischen den westlichen Staaten hoch integrierten Ökonomie ist das bis heute für den Globalisierungsgewinner Deutschland ein originäres Interesse. Die hiesige politische Elite muss jedenfalls nicht von außen gezwungen werden, um die Notwendigkeit einer weltpolizeilichen Kontrolle transnationaler Wertschöpfungsketten einzusehen. Darüber hinaus empfand ein einflussreicher Teil der Berliner Politik den internationalen Schockmoment nach den Terroranschlägen als Chance, um Deutschland als globalen Ordnungsfaktor ins Spiel zu bringen. Regierung und Opposition, in persona Kanzler Schröder und die Oppositionsführerin Merkel, formulierten damals eindeutig den Anspruch Deutschlands auf eine führende Rolle in der Weltpolitik.<sup>2</sup> Auch spricht gegen die These einer Afghanistan-Zwangsverpflichtung der Deutschen durch USA und NATO, dass bis auf die Ausnahme der Partei DIE LINKE die Mehrzahl der parlamentarischen Entscheidungsträger das Mitwirken der Bundeswehr am Anti-Terror-Kampf als taktische Maßnahmen zur stärkeren Beeinflussung der US-amerikanischen Außenpolitik begrüßten.

Das Beispiel Afghanistan taugt ebenso wenig wie jedes andere Themenfeld der deutschen Außenpolitik als Beleg einer mangelnden Interessendefinition. Woher rührt dann aber das Bewusstsein, welches in aller Regelmäßigkeit entsprechende Defizite aufzudecken gedenkt? Es ist Ausdruck der vorherrschenden Identifikation mit der nationalstaatlich zentrierten Weltpolitik. Der Wettbewerb der Standorte, der Kampf um Einfluss und Handlungsspielräume erzeugt in allen Staaten automatisch die Angst vor dem zu kurz kommen. Daraus

1 Vgl. Baumann, Rainer: Der Wandel des deutschen Multilateralismus. Eine diskursanalytische Untersuchung deutscher Außenpolitik, Baden-Baden 2006.

2 Vgl. Gerhard Schröder: Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages, 14. Wahlperiode, 192. Sitzung, Berlin, Donnerstag, den 11. Oktober 2001, 18682; Angela Merkel: ebd. 18685.

resultieren die von staatstragenden Intellektuellen angetriebenen Selbstbespiegelungsdebatten, deren Ausgangspunkt, wie im Falle der Tönissteiner, zwar empirisch fragwürdig erscheinen mag, die aber nichtsdestoweniger einen Effekt zeitigen: Die innergesellschaftlichen Ressourcen werden mit den außenpolitischen Leitzielen in Einklang gebracht. Dass in Deutschland immer wieder mit dem Gestus des Tabubruchs nationale Interessen eingefordert werden, deren außenpolitische Durchsetzung seit Gründung der BRD ja nie vernachlässigt wurde, ist dabei Folge der „machtpolitischen Resozialisierung“<sup>3</sup> nach 1990. Die gesellschaftliche Ausrichtung auf außenpolitische Ziele muss sich immer noch an den mentalen und kulturellen Spätfolgen von bedingungsloser Kapitulation und deutscher Teilung abarbeiten. Nur so ist es zu erklären, dass ein Bundespräsident in die Kritik gerät, weil er es als Aufgabe der Streitkräfte betrachtet, die Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen sicherzustellen, obwohl eben dieses Ziel bereits seit Jahren in den Richtlinien der Bundeswehr festgeschrieben ist.

Auch wenn die gesellschaftspolitische Ziel-Mittel-Optimierung noch mit geschichtspolitisch behafteten Widersprüchen zu kämpfen hat, schreitet sie doch stetig voran. Das Papier der Tönissteiner leistet dazu einen Beitrag. Auf die Definition nationaler Interesse folgt die Wertschätzung von Handlungsmacht. Deutschland müsse in der Außenwirtschaftspolitik „sein Gewicht“ einsetzen, in multilateralen Institutionen „selbstständig“ auftreten und sich eine Interessenvertretung auch dort zutrauen, „wo seine Verbündeten es realpolitisch herausfordern“. Aus einer machtsstaatlichen Perspektive der Internationalen Beziehungen erscheint diese Haltung völlig undramatisch. Steht aber die Problematisierung von Konfliktursachen im Zentrum der Betrachtung, dann ist der Beitrag der Tönissteiner ein diskursives Element, das zu transatlantischen, innereuropäischen und internationalen Friktionen beiträgt.

3 Hellmann, Gunther: Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik. Ein Plädoyer für offensiven Idealismus. In: Welttrends 42, 2004, 79-88.

## Schein und Sein der Kritik am außenpolitischen Konsens

In einem Punkt hebt sich die Position der Tönissteiner recht deutlich vom üblichen Lamento über die angebliche Leisetreterei in der deutschen Außenpolitik ab: Die Autorinnen und Autoren wünschen sich die Definition außenpolitischer Interessen als Ergebnis gesellschaftlicher Kontroversen. Zwar bekommt diese Vorstellung einen funktionalistischen Touch, weil aus demokratisch legitimierten Interessen ihre selbstbewusste Außenwahrnehmung abgeleitet wird. Aber immerhin zeigt sich damit kein obrigkeitsstaatliches, sondern ein liberales Verständnis von Außenpolitik. Gerade Außenpolitik gilt bis heute als Domäne der Exekutive. Jener obliege es, nationale Interessen zu erkennen, ohne sich vom parteipolitischen Klein-Klein oder dem politischen Meinungsbarometer abhängig zu machen. Demgegenüber vertreten die Tönissteiner einen Widerspruch bejahenden Ansatz. Ihr Ideal leidet allerdings an der Wirklichkeit. So stellen sie fest, dass die außenpolitischen Akteure in Deutschland hinsichtlich der „Grundpfeiler der Außenpolitik“ einen „breiten Konsens“ teilen. Als Übereinstimmungen werden Werte wie die Bewahrung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit sowie die „Unterstützung des europäischen Einigungsprozesses“, des „freien Welthandels“ und „freier Kapitalmärkte“ benannt. Daraus und aus anderen Nennungen ergäbe sich eine „politisch korrekte Doktrin“, die nur selten infrage gestellt würde. Richtig! Doch die vom Tönissteiner Kreis vorgeschlagene Erneuerung des gesellschaftlichen Wertefundaments weist über diese Leitlinien nicht hinaus. Forderungen nach „mehr Eigenverantwortung“, ebenso wie die positive Herausstellung von „Flexibilität und Kreativität“ als Grundwerte eines „wirtschaftsstarken Deutschlands“, stehen höchstens für einen neoliberalen Anstrich. Je nach Börsenlage rennt man mit solchen Zielen in der etablierten Politik mehr oder weniger offene Türen ein. Doch im Grunde lassen sich diese vermeintliche Kritik und ihr Gegenstand nicht unterscheiden. Das wird deutlich, wenn die Tönissteiner in der „außenwirtschaftlichen Verflechtung (...) unser ökonomisches Zukunftspotenzial“ erkennen und daraus die Schlussfolgerung ziehen, „Deutschland sollte (...) sein Gewicht für weitere Marktöffnung“ einsetzen. Für deutsche Regierungen, unabhängig von der jeweiligen Parteienkoalition, ist dies seit Jahrzehnten Usus. Spätestens hier offenbart sich der kritische Gestus der Tönissteiner als reine Affirmation.

Demgegenüber bräuchte eine Diskussion über tatsächliche Alternativen der Außenpolitik die Infragestellung der vorherrschenden Denkmuster. Solange die Identifikation mit dem nationalen Standort die Debatte bestimmt, werden sich Denzirkel und Strategen mit ihren Aufforderungen zu einer deutlicheren Interessenpolitik und der Optimierung der dazugehörigen Machtmittel die Klinke in die Hand drücken. Nur wenn die Perspektive nationalstaatlicher Konkurrenz hinterfragt wird, wenn stattdessen Ideen globaler Gerechtigkeit und der Beseitigung fundamentaler Konfliktursachen mehr gesellschaftliche Relevanz bekämen, könnte eine Kontroverse über eine neue außenpolitische Kultur beginnen. 